

POLITIK FÜR GROSSE STÄDTE

MODERNE ANTWORTEN DER JUNGEN UNION

beschlossen am 5. Mai 2012 in Stuttgart

Herausgeber:

Junge Union Baden-Württemberg

Hasenbergstraße 49b, 70176 Stuttgart
Telefon: 0711 6690453, Telefax: 0711 6690445
E-Mail: lgs@ju-bw.de

Junge Union Hamburg

Leinpfad 74, 22299 Hamburg
Telefon: 040 46854890, Telefax: 040 46854900
E-Mail: info@ju-hamburg.de



JU JUNGE UNION
Hamburg

JU

JUNGE UNION
BADEN-WÜRTTEMBERG

Politik für große Städte – moderne Antworten der Jungen Union

Zeiten ändern sich. Neue Antworten für erfolgreiche Politik in Großstädten müssen her.

Schon immer waren Großstädte etwas Besonderes. Und schon immer galt dies auch für die dortigen politischen Herausforderungen, denen sich Christdemokraten stellen mussten. Doch während es noch in den 1980er und 1990er Jahren gelang, stabile Mehrheiten für die CDU in großen Städten zu erringen, scheinen relative und erst recht absolute Mehrheiten für die CDU heute in Berlin, Hamburg, oder Stuttgart deutlich schwerer zu erreichen als in den ländlicheren Regionen. Häufig wird diese Tatsache damit begründet, dass man mit klassischen konservativen Positionen nur schwer Wahlen in Metropolen mehr gewinne, weil die Gesellschaftsstruktur mittlerweile zu vielfältig sei und Großstädte auch Ballungsräume für Zuwanderer darstellen würden, die einer „Law and Order“- Politik kritisch und meist ablehnend gegenüber stünden. Diese Annahme ist allerdings zumindest teilweise ein Irrtum, da es in großen Städten nach wie vor Zielgruppen gibt, die man mit solchen Themen erreichen kann. Richtig ist hingegen aber auch, dass diese Zielgruppen längst nicht mehr ausreichend sind, um Wahlen für sich zu entscheiden. Die CDU muss sich gerade deshalb darum bemühen, für die weitere Zielgruppen interessant zu werden. Deshalb sieht die Junge Union dringenden Bedarf, sich inhaltlich breiter aufzustellen. Dies bedeutet konkret, dass neue politische Themenfelder erschlossen werden, alte Positionen weiterentwickelt und neue Ideen gewonnen werden sollten. Nach Ansicht der Jungen Union muss es ein vielfältiges inhaltliches Profil geben, was Positionen für das Stammklientel mit neuen Positionen für das weltoffene Großstadtmilieu verbindet, sodass die Union für Jung und Alt, Schüler und Student, Arbeitnehmer und Unternehmer sowie für Wissenschaftler und Vertreter kreativer Bereiche gleichermaßen interessant ist. Jeder Großstadtbürger sollte einen Grund finden, warum er auch die CDU wählen könnte. Dafür muss die CDU die Partei werden, die mit Ideen für die Zukunft und mit Erfolgen aus der Vergangenheit punkten kann. Hierbei geht es für uns nicht um Beliebtheit. Im Gegenteil, frühere bewährte Forderungen mit neuen Ideen zu verbinden betrachten wir als Grundstein dafür, auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Tradition bewahren und Modernes integrieren, das zeichnet moderne Großstadtpolitik aus.

Für die breitere inhaltliche Aufstellung muss sich insbesondere mit den folgenden sieben zentralen Politikfeldern befasst werden: generationengerechte Haushaltspolitik, Integration, familienfreundliche Städte, Mobilität und Infrastruktur in der Großstadt, Sport und Kultur als Zentrum der urbanen Gesellschaftspolitik, Wissenschaft und Innovation als Motor der großstädtischen Wirtschaft und bezahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen.

Metropolen sind weltoffen und tolerant. Umdenken bei Integrationsfragen.

Eine moderne und dennoch wertebewusste Integrationspolitik ist dringend erforderlich. Die immer zahlreicher werdenden Zuwanderer aus den verschiedensten Ländern und Kulturen müssen als neue Mitbürger verstanden werden. Ihnen muss glaubwürdig vermittelt werden, dass man sie von vornherein als Teil unserer Gesellschaft versteht. Gemäß dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ muss die Politik neue Wege finden, Menschen aus anderen Ländern zu integrieren. Dazu gehört, dass man offen auf Zuwanderer zugeht, ihnen aber ebenso erklärt, dass eine Gesellschaft ohne berufliches und soziales Engagement nicht funktioniert. Um Zuwanderer zügig an das gesellschaftliche Leben einer deutschen Großstadt zu gewöhnen, ist ein Austausch mit Landsleuten, die diesen Prozess bereits gemacht haben, sehr sinnvoll. Gute Integration lebt vom ständigen Austausch unterschiedlicher Erfahrungen, denn aus Erfahrungen lassen sich häufig Fehler vermeiden. Selbstverständlich sollte der Dialog nicht nur zwischen Zuwanderern stattfinden. Integration erfolgt über Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. In

Bürgervereinen, bei der freiwilligen Feuerwehr oder dem Roten Kreuz sind Migranten noch zu selten zu sehen. Doch Ehrenamt und Sport verbinden über Kulturen hinweg. Das zeigt das Beispiel des Fußballs. Solches Engagement muss noch stärker gefordert und gefördert werden, um Integration erfolgreich zu gestalten. Die Städte als Schulträger haben oftmals das Problem, dass sie Schulklassen mit einer beinahe 90 %igen Migrantenquote vorweisen müssen. Das erschwert den alltäglichen Integrationsprozess vor Ort. Es ist daher politisch anzustreben, einen ausreichenden Anteil von Schülern, die Deutsch als Muttersprache vorweisen können, in jeder Klasse unterzubringen, um die Deutsche Sprache im Schulalltag zu fördern und Integration überhaupt erst zu ermöglichen. Offenheit und Verbindlichkeit sind Kehrseite ein und derselben Medaille. Daher gilt es auch bei Bürgern gegenüber neuen Staatsbürgern die gleiche Offenheit zu erzeugen, wie wir sie von Menschen mit Integrationswillen einfordern.

Familienfreundliche Metropole. Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt moderner Großstadtpolitik.

Die Politik muss Metropolen noch familienfreundlicher gestalten. Im Zuge des demografischen Wandels muss es gerade in großen Ballungsräumen, wo viele Menschen leben und zusammenkommen, Anreize geben, Kinder zu bekommen. Hierzu braucht es eine starke Infrastruktur an Betreuungsangeboten im gesamten Stadtgebiet. Daher ist es aus Sicht der Jungen Union unausweichlich, dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend Kindertageseinrichtungen und Kinderkrippen im gesamten Stadtgebiet vorhanden sind. Gerade in Großstädten ist der Bedarf weit höher als der gesetzliche Anspruch auf 35 %. Daher sollten die finanzielle Förderung des Bundes und der Länder für Großstädte über den geschaffenen Rechtsanspruch hinaus Bestand haben. Durch ein breites Angebot an Kleinkinderbetreuung haben Eltern die absolute Wahlfreiheit und der viel beschworene Satz „Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss gefördert werden“ wird Realität. Doch die Schaffung und Unterhaltung von Kleinkindereinrichtungen sind teuer. Der Staat ist auf die Unterstützung freier Träger wie Kirchen und Sozialverbände angewiesen. Die Junge Union steht zum Grundpfeiler der Subsidiarität und fordert entlang der christlich-demokratischen Grundüberzeugung den Markt der Kleinkinderbetreuung marktwirtschaftlicher zu gestalten und durch eine bürokratiearme Vorgabenpolitik für eine tatsächliche Marktöffnung zu sorgen, um einen sozialverträglichen Wettbewerb zu schaffen. Auflagen und Vorschriften zur Ausgestaltung der Kleinkinderbetreuungseinrichtungen sind zwar sinnvoll, in ihren Ausführungen jedoch meist zu weitgehend. Mit den fehlenden steuerrechtlichen Absetzungsmöglichkeiten von Betreuungskosten sorgen diese Rahmenbedingungen für einen Preisdruck und schrecken potenzielle private Investoren ab. Der entstandene Bedarf an Kleinkinder- und Schulkinderbetreuung hat zu einer verstärkten und derzeit nicht erfüllbaren Nachfrage an Erzieherinnen und Erziehern gesorgt. Doch jede Erzieherin ist nur in einem Betreuungsbereich einsetzbar. Mithin müssen mittelfristig Abstriche an den pädagogischen Anforderungen für Betreuungspersonal gemacht werden, um der Nachfrage überhaupt nachzukommen. Die Junge Union glaubt, dass Schulkinder nicht immer unbedingt von einer ausgebildeten Sozialpädagogin betreut werden müssen. Kleinkinder brauchen eine speziell ausgebildete Fachkraft. Doch Schulkinder brauchen zumeist eine Bezugsperson. Wir wollen ältere Mitmenschen, die am gesellschaftlichen Leben weiterhin teilhaben wollen, in die Schulkinderbetreuung vor Ort einbinden. Das schafft sozialen Zusammenhalt und neue finanzielle Spielräume.

Wer eine gute, ausreichende und bezahlbare Kinderbetreuung will, der darf nicht nur auf den Staat setzen, sondern muss die Wirtschaft unter zeitgleicher niedrigschwelligerer Vorgabenpolitik teilhaben lassen.

Darüber hinaus ist der Bedarf an Ganztageseinrichtungen in Großstädten spürbar größer und muss sukzessiv ausgebaut werden. Die Zeit von Regelbetreuungszeiten von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr ist schon

längst überholt. Eine Ganztagesbetreuung sollte zumindest wahlweise zum Standardangebot werden. Moderne Großstadtpolitik muss im Sinne von Familien gestaltet werden. Metropolen müssen Orte der ganztäglichen Bildung sein.

Großstädte zu E-Metropolen ausbauen. Wir wollen die Grüne Stadt 2.0.

Die Verkehrsinfrastruktur muss neu ausgerichtet werden. In Zukunft muss es vorrangig um Mobilität gehen. Eine ökologische Stadtentwicklung wird für die Menschen immer wichtiger. Deshalb muss der öffentliche Nahverkehr in großen Städten ausgebaut werden. Es darf keine Stadtgebiete mehr geben, in denen keine S- und U-Bahnen oder Busse fahren. Jeder muss mit dem ÖPNV zügig von A nach B kommen. Die Fahrzeiten der einzelnen Verbindungen müssen durch das Errichten von Busspuren und separaten Ampelschaltungen für den ÖPNV verkürzt werden. Die zusätzliche Schaltung von „Grünen Wellen“ macht ebenso Sinn. Zur besseren Anbindung einer Metropole an das Umland sprechen wir uns dafür aus, ÖPNV-Tickets einzuführen, die nicht nur im Stadtgebiet, sondern regional nutzbar sind.

Außerdem spielt die Elektromobilität eine große Rolle und muss weiter gefördert werden. Hier können die Stadtverwaltungen mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie ausschließlich auf elektrisch betriebene Fahrzeuge setzen und komplett umrüsten. Behördliche Dienstfahrzeuge sowie Fahrzeuge des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sollten in ferner Zukunft nur noch auf Einsatzfahrzeuge mit alternativer Antriebstechnik zurückgreifen. Außerdem müssen mehr Spezialparkplätze für das Aufladen von Elektroautos entstehen. Ebenso sollte die Nutzung des privaten PKW reduziert werden, indem ergänzende Angebote wie StadtRad (Call a bike) oder StadtAUTO (Car2go), die in Hamburg und Stuttgart bereits erfolgreich praktiziert werden, ausgebaut werden. Hierdurch kann die Flexibilität der Transfermöglichkeiten deutlich erhöht werden. Metropolen des 21. Jahrhunderts müssen Metropolen der Elektromobilität werden. Wir wollen deshalb die Grüne Stadt 2.0, in der ein ökologisches Verkehrs- und Infrastruktursystem, was Ökologie und Ökonomie miteinander verbindet, existiert.

Je größer die Stadt, desto wichtiger der soziale Zusammenhalt. Sport, Kultur und Ehrenamt sind Aufgaben der Regionen, nicht nur der Großstädte. Weg vom Kirchturmdenken hin zum Wettbewerb der Regionen

Doch heute stehen nicht nur mehr Großstädte im nationalen und internationalen Wettbewerb zueinander, sondern es herrscht ein Wettbewerb der Regionen.

Doch in Deutschland herrscht bisher vielerorts noch immer das klassische Kirchturmdenken. Jede Großstadt braucht ein Theater. Jedes Theater ein Schauspiel, eine Oper und ein Ballett. Und jede Großstadt möchte gerne Kongressstadt sein. Kommunen leiden zumeist unter den enormen Haushaltsbelastungen, weil sie eine gesamtgesellschaftliche Infrastruktur vorhalten müssen und das nicht nur für ihre eigenen Bürger, sondern auch für die des Umlandes. Es gilt, den Gedanken der regionalen Zusammenarbeit zu stärken. Städte, egal welcher Größe, müssen verstärkt zusammenarbeiten und gemeinsam Träger von Kultur- und Sporteinrichtungen werden. Bei der vorhandenen strukturellen Aufgabenüberlastung und der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen gilt es, eine solide und zukunftsgerechte Haushaltspolitik stets im Blick zu behalten. Der Gedanke einer regionalen Finanzierung sowie einer regionalen Steuersatzerhebung macht durchaus Sinn, wenn damit ein Abwerben von Unternehmen untereinander verhindert und Steuerausfälle komprimiert werden können.

Kreativität, Netz & Industrie. Wissenschaft, Forschung und Innovation sind Motor der großstädtischen Wirtschaft.

Bereits seit längerer Zeit stellen Wirtschaftswissenschaftler fest, dass Deutschland, vor allem aber Großstädte in Deutschland sich von Industrie- zu Dienstleistungsstandorten weiterentwickeln. Gab es früher sogar noch im zentralen Stadtgebiet Fabriken oder Kraftwerke, sind diese heute nur noch vereinzelt am Stadtrand zu finden. Die Wirtschaft wandelt sich insbesondere in großen Städten, weshalb die Politik zum Handeln aufgerufen ist. Die Christdemokratie erkennt, dass neben der klassischen Industriepolitik zumindest in Metropolen auch Bereiche wie Kreativwirtschaft im Kommen sind. Es kommt heute verstärkt darauf an, die Wissenschaft und die Kreativwirtschaft als entscheidende Faktoren einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik zu begreifen. Hier zeichnet sich moderne Großstadtpolitik dadurch aus, dass Technologie- und Kreativwirtschaftsparks angelegt werden, wo neue Innovationen entwickelt werden können und Forschung auf einem hohen Niveau betrieben werden kann. Solche Technologie- und Kreativwirtschaftsmodelle können beispielsweise auf großen, nicht mehr verwendeten Flächen (Stichwort: Konversionsflächen) angelegt werden. Technologie und Kreativwirtschaft sollten als Wachstumstreiber der städtischen Wirtschaft betrachtet werden!

Die Kreativ- und Netzwirtschaft muss ebenso eine Aufwertung erhalten. Werbeagenturen, Designer, Software- und Spielehersteller sind auf brauchbare Räumlichkeiten für ihr Schaffen angewiesen. Städte haben die Chance, dieser Nachfrage durch Kreativwirtschaftszentren mit integrierter Existenzgründungsförderung im Bereich der Musik-, Film- und IT-Wirtschaft nachzukommen. Der kreative Geist der Menschen bereichert eine jede Stadt. Das Internet hat eine immense Stellung in unserer Gesellschaft eingenommen. Insbesondere in Metropolen sind die technischen Voraussetzungen bereits vorhanden, aber nicht immer zugänglich.

Deshalb spricht sich die Junge Union für kostenfreies WLAN zumindest in öffentlichen Einrichtungen aus. Außerdem sollten die deutschen Großstädte Vorreiter in Sachen digitale Verwaltung sein. Es muss möglich sein, dass Behörden und Verwaltungen so umgerüstet werden, dass in Zukunft Videogespräche mit Beamten in den Bürgerdiensten geführt oder Bürgerbefragungen durch digitale Abstimmungen erleichtert werden können. Dazu sollte der Staat zusätzliche Internetfortbildungen für die entsprechenden Beamten bereit stellen. Außerdem müssen Behörden und Verwaltungen insgesamt mit Hilfe des Netzes noch transparenter gemacht werden.

Metropolen für Jung und Alt. Bezahlbarer Wohnraum im gesamten Stadtgebiet.

In nahezu jeder deutschen Großstadt steigen die Mieten in einem rasanten Tempo. Mancherorts gelten Wohnungen im Stadtzentrum bereits als unbezahlbar. Die Junge Union sieht dabei die kommunalen Städteplaner und den Bund als Gesetzgeber in der Pflicht. Wohnraumpolitik braucht flexibleres Planungsrecht für die Entscheidungsträger vor Ort. Die kommunale Wohnungswirtschaft ist dabei ein wichtiges Instrument, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Der Gedanke der Generationenhäuser sollte auf gesamte Stadtviertel ausgedehnt werden. Alten- bzw. Pflegeheime und Kinderbetreuungseinrichtungen schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern können integraler Bestandteil eines generationenübergreifenden Miteinanders in Städten sein.